



Was trennt und verbindet Grüne und Union?

Für potenzielle Koalitionen müssten alle Optionen geprüft werden“, so der Parteivorsitzende der Grünen, Reinhard Bütikofer, im April 2008. Nicht anders die grüne Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Renate Künast: „Die Türen für andere Parteien zur Koalitionsbildung seien offen“. Das Koalitionskarussell scheint gut ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl Schwung genommen zu haben hin zu neuen politischen Konstellationen. Was lange undenkbar erschien, rückt mittlerweile in den Bereich des Möglichen: schwarz-grüne bzw. schwarz-gelb-grüne Koalitionen auf Landes- und Bundesebene. Doch was verbindet, was trennt Unionsparteien und Grüne?

Die erneut aufgeflammete Debatte über die friedliche Nutzung der Kernenergie kann nicht verdecken, dass beide Parteien in ihren fundamentalen Werten durchaus über Schnittmengen verfügen. So betonen beide die Bewahrung der Schöpfung, den Schutz der Umwelt und nehmen eine skeptische Haltung zur embryonalen Stammzellenforschung ein. Setzen SPD und Linke eher auf das Kollektiv und staatliche Eingriffe, so rücken Union und Grüne das In-

dividuum in den Vordergrund und betonen die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen.

Schon seit Mitte der 1990er Jahre ist Bewegung in die Beziehungen zwischen den Unionsparteien und den Grünen gekommen. Bereits 1994 hatte die sächsische CDU zu erkennen gegeben, dass sie sich für eine Koalition mit den Grünen offenhalte. Einer Sensation kam es gleich, als 1998 die grüne Abgeordnete Antje Vollmer durch eine Absprache von CDU/CSU und Grünen zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt wurde. Eine allmähliche Annäherung der Wählermilieus von Grünen und Union führte schließlich auf kommunaler Ebene zu den ersten schwarz-grünen Bündnissen. So wurde im nordrhein-westfälischen Mülheim an der Ruhr 1994 die bis 1999 regierende erste schwarz-grüne Koalition gebildet. Das Bündnis in der Bankenmetropole Frankfurt am Main zählt zu den erfolgreichsten seiner Art. Auf Bundesebene wurde bereits nach den Bundestagswahlen vom Herbst 2005 kurzfristig über eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen, die so genannte „Jamaika-Koalition“, spekuliert, ohne dass es zu konkreten Gesprächen gekommen wäre.

Zum Thema

Auch wenn die Gräben zwischen der Union und den Grünen nicht mehr so groß sind wie in den 1980er und 1990er Jahren, so verläuft dennoch eine programmatische und kulturelle Trennlinie zwischen beiden Parteien. Inhaltlich werden die schwarz-grünen Differenzen vor allem bei der Energiepolitik deutlich.



Manfred Wilke

Historiker,
ehemaliger Leiter
Forschungsverbund SED
an der FU Berlin

Obwohl zunächst gerade in der Energie- und Umweltpolitik – Stichwort Elbvertiefung und Kohlekraftwerk Moorburg – die Hindernisse schier unüberwindlich schienen, wurde am 7. Mai 2008 in Hamburg das erste schwarz-grüne Bündnis auf Länderebene geschmiedet. Eine Perspektive für den Bund eröffnet sich durch die schwarz-grüne Annäherung auf kommunaler und Landesebene aber nicht zwangsläufig.

Der Entwicklung in Hamburg zum Trotz sehen die beiden grünen Fraktionsvorsitzenden, Renate Künast und Fritz Kuhn, keine Chance für ein solches Bündnis auf Bundesebene – und das taten sie noch vor dem erneut aufgebrochenen Streit um die Kernenergie. Der Länderrat der Grünen hatte sich Anfang April 2008 selbst als „links“ verortet und hervorgehoben: „Es ist programmatisch offenkundig, dass keine Äquidistanz zu den verschiedenen konkurrierenden Parteien existiert; es gibt nun einmal mehr Überschneidungen mit der SPD.“ „Gleichwohl“, heißt es einschränkend, „sind wir grundsätzlich bereit, unterschiedliche Koalitionsoptionen zu prüfen.“ Diesen letzten Aspekt betont auch der eigentlich zur Parteilinken zählende Berliner Fraktionsvorsitzende Volker Ratzmann: „Wenn es inhaltlich passt, muss man aber sowohl zur CDU als auch zur SPD ja sagen können.“

Vor allem der linke Parteiflügel der Grünen steht dieser Entwicklung skeptisch bis ablehnend gegenüber. So betonte Jürgen Trittin, „jede Botschaft in Richtung Schwarz-Grün oder Jamaika [ist] mit Blick auf die nächste Bundestagswahl grüne Wahlhilfe für die SPD und die Linkspartei. Deswegen und aus inhaltlichen Gründen muss die Option Jamaika von uns ausgeschlossen werden.“

Auch wenn die Gräben zwischen der Union und den Grünen nicht mehr so groß sind wie in den 1980er und 1990er Jahren, so verläuft dennoch eine programmatische und kulturelle Trennlinie zwischen beiden Parteien. Inhaltlich werden die schwarz-grünen Differenzen vor allem bei der Energiepolitik deutlich.

Die Laufzeit der Kernkraftwerke und die Koalitionsfrage

Während sich die Union vor dem Hintergrund der explodierenden Energiepreise für „eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken“ ausspricht und einen Energiemix aus fossilen, regenerativen und atomaren Brenn-

stoffen favorisiert, plädieren die Grünen für ein „Kohle-Moratorium, ein Nein zu neuen Kohlekraftwerken“ und für das „Festhalten am Atomausstieg ohne Abstriche“. Wegen der gegensätzlichen Positionen in der Atompolitik geben die beiden Kandidaten für den Grünen-Vorsitz, Cem Özdemir und Volker Ratzmann, einer schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene keine Chance. „Die Union bewegt sich zunehmend in Richtung einer parlamentarischen Vertretung der Atomindustrie“, so Özdemir. „Da brauchen wir über Jamaika nicht einmal nachzudenken.“ Auch Ratzmann betonte: „Ein Bündnis mit einer CDU, die Atomkraft forciert, ist für uns nicht machbar.“ Mit ihrem Pro-Atom-Kurs habe die Union „jeder Überlegung über eine mögliche Zusammenarbeit die Grundlage entzogen.“ Der 2000 von SPD und Grünen beschlossene Atomausstieg sei für die Grünen nicht verhandelbar, so Özdemir. Die Linke nutzte die Gelegenheit sofort, um eine neue Brücke zu den Grünen zu bauen. „Wir halten an dem vereinbarten Atomausstieg fest“, so ihr Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch fast zeitgleich mit den grünen Politikern.

Wie emotionalisiert die Debatte um die Kernenergie bei den Grünen noch immer geführt wird, zeigt der Fall der früheren grünen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Margaretha Wolf. Wegen ihrer heutigen Tätigkeit für einen Kommunikationsberater, der auch Öffentlichkeitsarbeit für die Kernenergie-Lobby macht, forderte die grüne Landesarbeitsgemeinschaft Energie Berlin-Brandenburg ihren Parteiausschluss. Als auch noch die Zahl persönlicher Angriffe aus ihrer Partei, vor allem durch Jürgen Trittin, zunahm, trat sie Mitte Juli 2008 aus den Grünen aus.

Auch in anderen Politikfeldern sind Differenzen nicht zu übersehen, wenn auch weniger deutlich. Wirbt die Union für die Einführung von Kombilöhnen, einen Gesundheitsfond und die Beibehaltung einer beitragsfinanzierten Rente, so verlangen die Grünen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, die „Einführung der grünen Bürgerversicherung“ und eine „Garantierente“.

Nicht viel anders sieht es in der Bildungspolitik aus. Während sich die Union für das dreigliedrige Schulsystem und Studiengebühren ausspricht, favorisieren die Grünen die Gesamtschule und lehnen Studiengebühren ab. Auch die grünen Versuche, die von der Großen Koali-

tion angestrebte Online-Durchsuchung oder einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu verhindern, dürften bei den Unionsparteien auf ebenso wenig Gegenliebe stoßen wie die grüne Integrationspolitik mit ihrem multi-kulturellen Ansatz.

Der kulturelle Graben

Neben den inhaltlichen Differenzen darf aber auch der kulturelle Graben nicht übersehen werden, der bis heute beide Parteien trennt. Während die Union in erster Linie eine Partei des flachen Landes für vorwiegend ältere Wähler ist, sind die Grünen eine Großstadtpartei mit vornehmlich jüngeren, überwiegend weiblichen Wählern. Hinzu kommen die oftmals sehr unterschiedlichen Milieus, denen beide Parteien entstammen. Kommen die Christdemokraten primär aus dem bürgerlichen Lager, so entstammen die Grünen vielfach dem linksalternativen Umfeld. Die daraus resultierenden Spannungen verdeutlichen sich nachhaltig an Oswald Metzger. Er wechselte im oberschwäbischen Biberach von den Grünen zur CDU und bewarb sich im dortigen Wahlkreis als Bundestagskandidat. Weil er der gegnerischen Kultur zugerechnet wird, stieß er auf erhebliche Vorbehalte bei der Union und scheiterte mit seiner Kandidatur um einen Listenplatz für die kommende Bundestagswahl.

Wie tief die Aversionen auch bei weiten Teilen der Grünen sitzen, wird vor allem an den jungen Grünen deutlich. In Hamburg war der Koalitionsvertrag zwischen der CDU und den Grünen gerade einmal eine Woche alt, als mit Vasco Schultz einer der prominentesten Vertreter der jungen Generation in der GAL die Partei wegen der Zusammenarbeit mit der CDU in Richtung Linkspartei verließ. Vertreter der Grünen Jugend Berlin drohten damit, geschlossen die Grünen zu verlassen, wenn es zu Schwarz-Grün im Bund kommen sollte. Worum es ging, betonte Julia Seeliger, mit 29 Jahren jüngstes Parteiratmitglied der Grünen: „Wir haben auf dem Grünen-Länderrat im April noch einmal festgelegt, dass wir eine linke Partei sind.“ Nähe fühlen die jungen Grünen zu den Jusos und zur Linken, ein rot-rot-grünes Bündnis oder eine Ampelkoalition können sie sich sehr gut vorstellen. Die Union dagegen wird als Gegner empfunden, was auf Gegenseitigkeit beruht. Auch in der Jungen Union mehren sich die Widerstände gegen eine schwarz-grüne Annäherung. So heißt es beim Bundesvorstand der JU: „Auch – oder gerade – bei der zukünftigen Ge-

neration der Grünen ist nicht sicherzustellen, dass sich dauerhaft die Vernunft durchsetzt.“

Vor allem auf der zwischenmenschlichen Ebene dürften schwarz-grüne Bündnisse problematisch sein. Während oftmals starke persönliche Bande zwischen Grünen und Linken bestehen, die sich in erster Linie auf die gemeinsame politische Vergangenheit und daraus resultierende verbindende Traditionen zurückführen lassen, kämpften Christdemokraten und Grüne bislang an unterschiedlichen Fronten. So lebten Berlins linker Wirtschaftssenator Harald Wolf und der Fraktionsvorsitzende der Berliner Grünen, Volker Ratzmann, in den 1980er Jahren in derselben Wohngemeinschaft. Dadurch sind Lebensbeziehungen entstanden, die bis heute nachwirken.

Trennt Schwarz und Grün:
Die Kernenergie



Auf der anderen Seite bestehen anhaltende persönliche Verletzungen zwischen Grünen und Christdemokraten, die es mehr als schwer machen, die Gräben zu überwinden. Am deutlichsten wird dieses in Hessen, wo aufgrund persönlicher Animositäten zwischen Roland Koch und dem grünen Landesvorsitzenden, Tarek Al-Wazir, jegliche schwarz-grüne Annäherung nahezu ausgeschlossen zu sein scheint. Doch auch in Hessen hat allen Verbalinjurien zum Trotz ein grün-schwarzes Aufeinanderzugehen begonnen. Zwar hatten die Grünen einen sehr persönlichen Wahlkampf gegen die Union geführt. Das hielt sie aber nicht davon ab, auf lokaler und regionaler Ebene etliche schwarz-grüne Strukturen zu errichten, die „rundweg positive Ergebnisse“ zeitigen. Die schwarz-grün regierten Metropolen Frankfurt am Main und Wiesbaden stehen stellvertretend für eine Zusammenarbeit beider Parteien, in der nach Ansicht des Frankfurter Grünen-Fraktionschefs Olaf Cunitz alle vertraglichen



Trennt Schwarz und Grün:
Die Garantierente

Vereinbarungen „von beiden Seiten absolut gewissenhaft eingehalten“ werden.

Die Konkurrenz der Linkspartei und das Menschenbild der Grünen

Wie schon die SPD, so droht die Linkspartei auch die Grünen zu zerreißen. Sollen sie ihren Weg der letzten Jahre in die politische Mitte fortsetzen oder wieder zu ihren linksalternativen Wurzeln zurückkehren? Auch die Benennung ihrer Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen im Jahre 2009 spiegelt diesen Zwiespalt, aber auch die dahinterstehende taktische Komponente, wider. Während Jürgen Trittin die mehrheitlich linke Parteibasis durch eine weitere Orientierung der Grünen nach links stärker an die Partei binden will, hält sich Renate Künast auch die schwarz-grüne Option offen und versucht so, die Grünen für bürgerliche und wertkonservative Parteimitglieder und Wählerschichten attraktiv zu machen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Wechsel an der grünen Parteispitze im November 2008 auswirken wird. Nach dem Verzicht von Reinhard Bütiko-

Trennt Schwarz und Grün:
Der Mindestlohn



fer auf den Parteivorsitz stehen mit Cem Özdemir und Volker Ratzmann zwei Kandidaten zur Verfügung, für die weder Schwarz-Grün noch eine Jamaika-Koalition ein Tabu ist. „Wir schauen uns an, welche programmatischen Aussagen die einzelnen Parteien treffen. Dann wird die Partei zu gegebener Zeit entscheiden, welche Koalition zu uns am besten passt“, so Ratzmann kürzlich. Mit Blick auf das Jahr 2009 gilt die mittlerweile sprichwörtliche Flexibilität und Elastizität der Grünen. Wenn es um die alles entscheidende Machtfrage geht, wird auch ein Jürgen Trittin letztlich einer schwarz-grünen Koalition zustimmen, so, wie er auch die Hamburger Koalition akzeptiert hat.

Die Rückwirkungen einer weiteren Zusammenarbeit der CDU mit den Grünen sind auch für die Union ambivalent. Bereits die Bundestagswahlen 2002 und 2005 machten deutlich, dass die Frage der Koalitionsbildung entscheidend vom Einzug der PDS bzw. Linken in das Parlament abhing. Auch die Unionsparteien müssen deshalb Regierungsmehrheiten jenseits der bekannten Optionen suchen. Zugleich müssen sie verhindern, dass die Grünen vollständig ins linke Lager zurückgeholt werden. Mit den Grünen erhalten CDU/CSU neben der FDP einen zusätzlichen potenziellen Koalitionspartner jenseits der Großen Koalition im neuen Fünf-Parteien-System. Zudem trägt allein die Diskussion über schwarz-grüne Koalitionen zur weiteren Differenzierung innerhalb der Grünen bei. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass diese Entwicklung nicht nur Die Linke personell stärkt, sondern langfristig auch die Grünen spalten und somit marginalisieren kann.

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint, könnte langfristig auch für die Grünen die schwarz-grüne Option die ergiebiger sein. Union und Grüne vertreten zwar in vielen Einzelfragen der Politik unterschiedliche Ansichten, in ihrem Menschenbild und Staatsverständnis stehen sie sich aber näher, als sie selber zurzeit wahrhaben wollen. Beide sind eher wertkonservativ orientiert und agieren weitgehend ideologiefrei. Das Individuum mit seinen Rechten und Pflichten und nicht das Kollektiv steht für sie im Mittelpunkt ihres Menschenbildes. CDU und Grüne setzen auf Kreativität und Eigenverantwortung statt auf den allmächtigen Staat. In diesen Bereichen liegt die wahre Substanz schwarz-grüner Kooperationen. Mit ihnen ließen sich rot-rot-grüne Bündnisse und somit sogar eine linke Republik verhindern. ●